

nicht weiter. Jedenfalls ist das die Auffassung der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Staatsminister. - Die namentliche Abstimmung findet nicht statt. Sie wurde zurückgezogen und wird in eine einfache Abstimmung umgewandelt.

(Zurufe: Oh!)

Ich finde das sehr lobenswert, dass man seine Meinung ändert, wenn man sieht, dass eine namentliche Abstimmung nicht notwendig ist.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir können zur Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11632 schreiten, allerdings mit einer Änderung: Die FREIEN WÄHLER haben beantragt, aus den zwei Monaten in der zweiten Zeile sechs Monate zu machen. Der Text lautet dann:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag unverzüglich und künftig mindestens alle sechs Monate über die Auswirkungen (...) Bericht zu erstatten (...).

In dieser Fassung wird jetzt über den Antrag abgestimmt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nein! Die FREIEN WÄHLER beantragen namentliche Abstimmung!)

- Ich denke, wir können die namentliche Abstimmung durchführen, wenn Sie das beantragen. Die Wartezeit ist auf jeden Fall eingehalten. Wir kommen auf Antrag der FREIEN WÄHLER deshalb jetzt zur namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11632 in geänderter Fassung. Sie finden die Urnen und hoffentlich auch das dazugehörige Personal des Landtagsamtes an den gewohnten Plätzen. Mit der Abstimmung kann begonnen werden.

(Namentliche Abstimmung von 18.15 bis 18.20 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können die Abstimmung schließen. Die fünf Minuten sind um. Die Stimmen werden außerhalb des Saales ausgezählt, und das Ergebnis wird nachher bekannt gegeben. Wir können in der Tagesordnung fortfahren.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Die Photovoltaik-Branche erhalten (Drs. 16/11633)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Tobias Thalhammer, Karsten Klein, Dietrich Freiherr von Gumpenberg u. a. und Fraktion (FDP),
Georg Schmid, Renate Dodell, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)
Solarstromförderung anpassen - Vertrauensschutz gewährleisten (Drs. 16/11634)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Energiewende jetzt! - Änderung der Solarförderung nicht vor Juli 2012 (Drs. 16/11649)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Reinhold Strobl u. a. und Fraktion (SPD)
Bei Änderungen der Photovoltaik-Förderung im EEG nachbessern (Drs. 16/11650)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als Erster hat sich Herr Kollege Hartmann zu Wort gemeldet. Bitte.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Dringlichkeitsantrag hat eigentlich nur ein Ziel, nämlich dass die schwarz-gelbe Bundesregierung einhält, was sie versprochen hat. Ich meine damit nicht das, was sie vor der Wahl versprochen hat, sondern das, was sie noch nach der Wahl versprochen hat, nämlich einen deutlichen Ausbau des Solarstroms in Deutschland.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir auf die letzten Jahre zurück. Im September 2010 hat die Bundesregierung trotz der Laufzeitverlängerung im Rahmen einer großen PR-Aktion die Energierevolution in den Vordergrund gestellt und sich dafür ausgesprochen, das Zubauziel beim Solarstrom bei 3.500 Megawatt pro Jahr festzuschreiben. Die Bundesregierung hat der EU mit dem nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energien gemeldet, bis zum Jahr 2020 das Ausbauziel von 52.000 Megawatt Solarstromleistung festzuschreiben zu wollen. Was vor zwei Jahren beschlossen wurde, interessiert die Bundesregierung heute gar nicht mehr. Gott sei Dank

wurden der Atomausstieg beschleunigt und acht Kernkraftwerke abgeschaltet. Trotzdem will die Bundesregierung das Zubauziel für den Solarstrom unter das Level bringen, das sie damals zusammen mit der Laufzeitverlängerung beschlossen hat.

Die Bundesregierung lässt noch einen weiteren Bereich total außer Acht; denn sie hat im letzten Herbst mit der Novellierung des EEG eine halbjährliche Absenkung der Vergütungssätze beschlossen. Es soll einen atmenden Deckel geben, der je nach Zubaugeschwindigkeit zu halbjährlichen Stichtagen abgesenkt werden soll. Ich erinnere daran, dass zum 1. Januar 2012 die Vergütung um 15 % gesenkt worden ist. Das ist die höchste Senkung zu einem Stichtag, die wir bis jetzt hatten. Durch den starken Zubau im Dezember letzten Jahres wird zum 1. Juli erneut eine Absenkung um 15 % erfolgen. Wir haben es somit mit einer Branche zu tun, deren Marktanziehmeechanismen in einem gewaltigen Tempo nach unten geschraubt und gesenkt werden. Das ist unumstritten. Nennen Sie mir eine andere Branche, bei der die Unterstützung so zügig nach unten geschraubt worden wäre.

Was jetzt gemacht wird, ist gravierend. Wir alle wissen, dass die Solarbranche die Kürzungen der letzten Jahre recht gut verkraften konnte. Jetzt sollen jedoch drei Maßnahmen zu einem Stichtag eingeführt werden. Das würde der Solarbranche in Deutschland das Genick brechen. Das möchte ich ganz offen sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bundesregierung möchte einen Frontalangriff auf den Solarstrom starten. Zum einen soll die zum 1. Juli vorgesehene Kürzung auf den 9. März vorverlegt werden, zum anderen soll die Kürzung verschärft werden. Hinzu kommt, dass nicht mehr der gesamte Strom vergütet werden soll, sondern nur noch 85 %. 15 % müssen die Leute selbst verbrauchen. Außerdem soll das Ausbauziel von 3.500 Megawatt pro Jahr bis zum Jahr 2017 aufgegeben und nach unten gefahren werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss erstaunt darüber sein, wie sich die Regierungsfractionen hier im Hohen Haus plötzlich zu Rettern der Solarbranche machen. Dies geistert momentan durch die Medien. Schauen wir einmal zurück, was im Herbst des letzten Jahres los war: Am 28. November 2011 hat die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, an die beiden zuständigen Minister in Berlin geschrieben, man möge doch für das nächste Treffen am 25. Januar 2012 ein Konzept vorlegen, wie die Einspeisevergütung reduziert werden könnte. Sie will also eine höhere Reduzierung als die, die im

Gesetz steht. Außerdem will Frau Hasselfeldt den Zielkorridor auf 1.000 Megawatt heruntersetzen oder eine Kombination der beiden von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie sich jetzt in Bayern als Retter der Solarenergie darstellen, müssen Sie den Leuten sagen, dass die CSU-Landesgruppe das, was jetzt kommen soll, bereits im Herbst letzten Jahres gefordert hat.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Pfui!)

Ich möchte einmal darstellen, was Sie mit dieser Hü- und-Hott-Politik bewirken. Sie betreiben eine Politik, bei der ein Gesetz, das vor zwei Monaten novelliert wurde, wieder auf den Prüfstand kommt. Jetzt wird wieder am Rad gedreht. Das Gesetz mit den neuen Vergütungssätzen ist gerade einmal zwei Monate in Kraft. Jetzt beginnen Sie eine Debatte über eine vorgezogene Kürzung. Im Hinblick auf die Planungssicherheit ist das eine Katastrophe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie alle kennen den Ablauf, wenn Leute in eine Solaranlage investieren wollen. Sie erstellen eine Planung und nehmen Geld auf. Die Handwerker geben Angebote ab und schließen Verträge. Dann werden Module zu bestimmten Preisen geordert. Das werfen Sie einfach über den Haufen. Ich sage ganz offen: Ich habe das Gefühl, dass der Bundesregierung bewusst ist, dass der 9. März nicht zu halten ist. Das werden Sie politisch nicht durchstehen und auch juristisch wird das nicht funktionieren. Allein der Umstand, dass die beiden Minister diesen Stichtag in die Debatte gebracht haben, hat für eine reihenweise Stornierung von Aufträgen, für eine Mordsunruhe in der gesamten Branche und für eine riesige Unsicherheit bei den Investoren gesorgt. Diese Leute sollen doch in die Energiewende investieren. Das ist doch von allen Parteien gewünscht.

Bayern ist das Land der Sonne. Das ist unumstritten. 40 % der PV-Anlagen werden in Bayern installiert. Das ist auch gut so. Die Staatsregierung hat sich in ihrem Energiekonzept das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 in Bayern auf 14.000 Megawatt zu kommen. Dieses Konzept ist kein ganzes Jahr alt. Sie können es aber heute schon in die Tonne treten, wenn es zu dieser Kürzung im Solar-Bereich kommen sollte.

Zum Schluss ist zu sagen: Sie betreiben in Berlin alles andere als eine Politik im bayerischen Interesse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im bayerischen Interesse wäre es, dafür zu sorgen, dass die Solar-Installateure, also mittelständische Betriebe, Planungssicherheit und Verlässlichkeit bekommen. Verlässlichkeit bedeutet, dass ein halbes Jahr vergehen muss, bis es zur nächsten Kürzung kommt. Erst an diesem Tag darf eine Kürzung vorgenommen werden. Es darf keine vorgezogene Kürzung geben.

Vonseiten der Regierungskoalition wird immer wieder behauptet, wir würden die alten Kämpfe der großen bösen Energiekonzerne gegen die kleinen Solar-Installateure aufmachen. Auf der Webseite des "Manager Magazins" von letzter Woche steht jedoch die Überschrift "Solar-Förderkürzung: Warum RWE, E.on und Co. jetzt aufatmen". Dies war die Überschrift, als die anstehende Novellierung in die Medien kam. Sie betreiben eine Politik, bei der die kleinen Mittelständler in Bayern bluten müssen, damit E.on das Geschäftsmodell des letzten Jahrhunderts weiterverfolgen kann. Das ist mit uns nicht zu machen. Deshalb bitte ich um deutliche Unterstützung unseres Antrags.

Zum Antrag der Regierungsfractionen ist zu bemerken, dass es nicht ausreicht, zu sagen, man möchte etwas mehr Zeit haben. Sie wissen so gut wie ich, dass eine große Freiflächenanlage eine längere Planungsphase erfordert. Deshalb kann man nicht in einem bis zwei Monaten mit einem großen Wurf etwas ändern. Das kann nicht funktionieren. Das kann nur heißen, bei dem zu bleiben, was beschlossen ist, nämlich bei der Kürzung um 15 % zum 01.07.2012 und keine zusätzlichen Kürzungen durchzuführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Anträgen der anderen Oppositionsparteien werden wir zustimmen. Sie gehen alle in die gleiche Richtung.

Zum Schluss möchte ich noch ansprechen, dass Ministerpräsident Seehofer zwar kritisiert hat, sich aber nicht durchsetzen konnte. Was ist eigentlich aus dem mächtigen Bayern in Berlin geworden? Künftig wird im Gesetz eine Ermächtigung stehen, dass die zuständigen Minister entscheiden werden, wie die Vergütung angepasst wird. Die gesamte gesellschaftliche Debatte um die Energiewende wird wieder abseits der Parlamente und dadurch abseits der Bevölkerung geführt. Das kann es nicht sein. Man muss dringend dafür sorgen, dass die Entwürfe, die zum EEG in Berlin herumgeistern, definitiv nicht umgesetzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die FDP hat sich Herr Thalhammer zu Wort gemeldet. Ich bitte Herrn Rohde, mich abzulösen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Bitte schön, Herr Kollege Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich den Vordner der GRÜNEN anhört oder ihn ertragen muss, stellt man fest, dass sich die GRÜNEN in ihrer Welt der Ideologie festklammern und jegliche Haftung

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

und jeglichen Realitätssinn verloren haben. Sie blenden die Fakten und Realitäten kategorisch aus.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Erlauben Sie mir, dass ich zu Beginn die Themen Photovoltaik und EEG-Reduzierung einordne, weil es zu Recht Sorgen gibt. Man soll aber nicht, wie Sie es tun, aus Ängsten Kapital schlagen, sondern man soll eine vernünftige Antwort finden und damit die Angst nehmen.

Jeder, der eine Photovoltaikanlage besitzt, hat selbstverständlich den Bestandsschutz über 20 Jahre lang. Keine der aktuellen oder der kommenden Reformen wird daran etwas ändern.

(Ludwig Wörner (SPD): Eine völlig neue Erkenntnis!)

- Sie spielen mit den Ängsten der Leute.

Die Module verzeichnen über die Jahre hinweg nahezu einen jährlichen Preisverfall um 25 %. Jahr für Jahr werden die Module um circa ein Viertel günstiger. Ich habe mir vor zwei Jahren eine Photovoltaikanlage gekauft. Würde ich sie mir heute kaufen, wäre sie ungefähr um die Hälfte günstiger. Das heißt, dass nicht die Early Birds, also die Trendsetter, mit dieser Politik belohnt werden, sondern diejenigen, die später auf diesen Zug aufgesprungen sind. Das ist ein Trend, den es, so finde ich, umzukehren gilt.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Wenn die Fakten Sie langweilen, ist das ein weiterer Beleg dafür, liebe Kollegin von den GRÜNEN, dass Sie die Realität ausblenden.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Des Weiteren ist festzustellen, dass die Module nicht nur günstiger wurden, sondern auch eine klare Effizienzsteigerung verzeichnen.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Dazu will ich bemerken, dass die Photovoltaik-Module erstaunlicherweise effizienter wurden, als endlich an diesem Subventionsschlaraffenland etwas gerüttelt wurde. Infolgedessen ist mit der Photovoltaik 20 Jahre lang eine exzellente Rendite garantiert. Sie ist im Übrigen deutlich besser, als wenn Kapital bei der Bank fest verzinst angelegt würde, deutlich besser als ein mittelständischer Unternehmer, der sich nicht nur die Sonne auf den Bauch oder das Modul scheinen lässt, sondern früh aufsteht, hart arbeitet und müde ins Bett geht. Mit der Photovoltaik hat man nach wie vor eine deutlich bessere Rendite.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ist das der Neid?)

Ich bin für die Photovoltaik. Ich bin aber auch für die Kürzung, weil ich einen "Solar-Goldrausch" auf Kosten der Verbraucher ablehne.

(Beifall bei der FDP)

Wie sieht die Mehrbelastung für die Bürgerinnen und Bürger und die Verbraucher aus? - Ich meine, die Stromrechnungen sind alles andere als transparent. Daran müssen wir etwas ändern. 3,6 % Mehrbelastung steht im Raum, ohne das greifen zu können. Sollte die PV-Förderung so weitergehen, werden wir bis zu 4,7 oder mehr Cent pro Kilowattstunde Belastung haben. Das bedeutet für die Bürgerinnen und Bürger eine Mehrbelastung von 50 bis 100 € oder sogar deutlich mehr, wenn wir politisch nicht einschreiten. Ich möchte, dass die Industrie, aber auch der kleine Mann sich in Zukunft Strom leisten können. Der Strompreis ist der Brotpreis des 21. Jahrhunderts.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben für die Energiewende unser Zieldreieck. Dass eine ist, dass die Energieversorgung finanzierbar bleibt. Dass andere ist, wie Sie alle wissen, die Umweltverträglichkeit, aber auch die Versorgungssicherheit. Man muss sich den massiven Zubau an dezentralen Anlagen genauer ansehen. Der Wesensgehalt an den erneuerbaren Energien ist, dass wir eine dezentrale Energieversorgung haben. Unsere Netze sind veraltet, denn sie sind auf eine zentrale Welt ausgelegt.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Wir kommen vor allem auf der unteren Ebene mit dem Ausbau nicht hinterher. Es gibt zwei Gründe, warum wir Probleme mit der Versorgungssicherheit bekommen können. Zum einen ist das der sogenannte Bla-

ckout, wenn wir zu wenig Strom haben. Und das andere ist das sogenannte Brownout, wenn in den Netzen zu viel Strom ist. Wenn man mit dem Ausbau der Netze nicht hinterher kommt und wenn man an dem Einspeisevorrang für erneuerbare Energien nicht rütteln möchte, muss man den Zubau von dezentralen Photovoltaikanlagen politisch einbremsen.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Sicherheit gehören meiner Einschätzung nach auch die Investitionssicherheit und der Vertrauensschutz.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Jetzt sind wir beieinander!)

Ich sage Ihnen ehrlich, ein solcher Fehler, wie er bei den Rapsmühlen gemacht wurde und wo rückwirkend etwas angepasst wurde, ist für die FDP ein klares Tabu.

(Beifall bei der FDP)

Sollte es um den Stichtag 09. März 2012 gehen, der sehr bald ist, meine ich, dass diesen Vertrauensschutz auch diejenigen Investoren genießen müssen, die in der konkreten Umsetzungsphase ihrer Photovoltaik-Planungen sind.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Tobias Thalhammer (FDP): Nachher.

Das hat zum Beispiel zur Folge, dass für eine Freiflächenanlage ein Bebauungsplan vorliegt, die Anlage aber nicht bis zum 9. März fertiggestellt werden kann, der Investor Anspruch auf die Vergütung "in der alten Welt" hat. Das ist selbstverständlich. Dafür gilt es, politisch einzutreten.

(Beifall bei der FDP)

Gerade jetzt, Ende Februar, Anfang März möchte ich noch witterungsbedingt keine "Hektik auf dem Dach". Man kann seriös für den privaten Bereich den Stichtag 9. März 2012 infrage stellen und beispielsweise auf den 1. April 2012 gehen. Diese Überlegung kann man anstellen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist ja erlesen! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, es freut mich, dass Sie mir so viel Aufmerksamkeit schenken.

Das spricht dafür, dass man bei einem Redner der FDP etwas lernen kann.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen auch, wo Sie etwas lernen können. Das unterscheidet Sie von der Opposition von den Regierungsparteien Schwarz-Gelb. Wir wollen, wie Sie, die Energiewende. Wir wollen die Energiewende so schnell wie möglich, aber nicht schneller als möglich. Sie sind immer in der theoretischen Brainstorming-Phase, während wir gestalten. Nicht die Ideen sind das Problem, sondern die Realisierung ist die große Herausforderung. Deswegen müssen wir auch jetzt die EEG-Vergütungen anpassen. Wir können Energiewende besser!

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Lachen bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Lassen Sie jetzt eine Zwischenbemerkung zu? - Dann darf ich Herrn Hartmann für die GRÜNEN das Wort geben, bitte schön.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, ich hoffe, dass ich Sie nicht ganz richtig verstanden habe; denn es wäre traurig, wenn ich Sie richtig verstanden hätte. Haben Sie wirklich hier im Hohen Hause gesagt, wir müssten den PV-Bereich drosseln, um den Vorrang nicht infrage zu stellen? Das wäre eine Kapitulation vor dem Thema Energiewende. Wir alle wissen, dass wir das Ziel haben, eines Tages 50 %, später 75 % und eines ferneren Tages 100 % des Bedarfs aus erneuerbaren Energien zu decken. Das würde heißen, Sie wollen sich der Aufgabe der Integration der erneuerbaren Energien ins Stromnetz und ihre Überführung in die Speicherform heute nicht richtig stellen. Sie wollen das Thema vertagen und den zeitlichen Druck herausnehmen. Sie bremsen den Solarbereich, um Zeit zu gewinnen. Sie müssen aber eine Lösung dafür finden. Die Lösung besteht doch nicht darin, den solaren Stromanteil zu begrenzen, weil man da nicht weiterkommt. Wir müssen vielmehr die Netze ausbauen und die Integration in die Netze voranbringen. Das sind doch unsere Aufgaben, und die wollen Sie einfach beiseiteschieben. Es ist wirklich skandalös, wenn man Energiewende so betreiben möchte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Thalhammer hat das Wort zur Erwiderung. Bitte.

Tobias Thalhammer (FDP): Geschätzter Herr Kollege Hartmann, wenn Sie das als skandalös betrachten,

dann haben Sie einfach die grundlegenden Zusammenhänge nicht verstanden.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von den GRÜNEN)

Ich erkläre sie Ihnen gerne noch einmal. Wir haben im Moment beim enormen Ausbau der dezentralen Kraftwerke große Herausforderungen zu meistern, was die Netzintegrität anbelangt. Unsere Netze wurden im Zeitalter der Kernkraft darauf ausgelegt, dass wir irgendwo zentral große Produzenten hatten, die den Strom an die Verbraucher verteilten. Durch die dezentrale Energieversorgung rückt jetzt das Kraftwerk, die Produktionsstätte, näher an den Verbraucher heran. Die Vielzahl von kleinen Anlagen - Hunderttausende von Anlagen - stellen für die Netze eine immens große Herausforderung dar.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Was ist falsch, die Anlagen oder das Netz? - Zuruf von der CSU: Warum schreien Sie so?)

- Warten Sie einmal, Frau Kollegin. Ich freue mich, dass Sie so eifrig zu einem Wissenszuwachs gelangen wollen. - Jetzt haben wir das Problem des Einspeisevorrangs für Erneuerbare-Energien-Anlagen. Wenn es so viele dezentrale Energieproduzenten gibt, dass unser Netz sie nicht mehr aushalten kann, kann unser Netz zusammenbrechen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Dann bauen wir das Netz aus! - Albert Füracker (CSU): Warum schreien Sie so?)

Das unterscheidet Ihre Politik von unserer Politik. Sie leben in einem Schlaraffenland, in einer Traumwelt. Wie so oft ist die Traumwelt anders als die Realität. Sie stehen für eine ideologische Energiewende, die nicht funktionieren und mit Problemen behaftet sein wird.

(Beifall bei der FDP)

Wir stehen für eine vernünftige, realisierbare Energiewende. Deshalb sage ich noch einmal und mit voller Überzeugung: CSU und FDP können Energiewende besser!

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Zurufe von der FDP: Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege. Herr Kollege Reiß, lassen Sie sich noch etwas Zeit, jetzt kommen erst noch drei Ankündigungen.

Die erste Ankündigung besteht darin, dass die Fraktion der GRÜNEN zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das Ergebnis schicken wir an alle Handwerker!)

Die zweite Ankündigung enthält die Ergebnisse der beiden bereits durchgeführten namentlichen Abstimmungen.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Dittmar, Aures und anderer (SPD) betreffend "Lehren aus Müller-Brot - Neuorganisation der Lebensmittelkontrolle", Drucksache 16/11631: Mit Ja haben 48 Abgeordnete, mit Nein 98 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung des Dringlichkeitsantrags der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Prof. Dr. Piazzolo und Fraktion der FREIEN WÄHLER, betreffend "Klarheit schaffen über die durch Euro- und Griechenland-Rettung bestehenden und möglichen Belastungen für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger und die öffentlichen Haushalte", Drucksache 16/11632: Mit Ja haben 60, mit Nein 77 Abgeordnete gestimmt. Es gab ebenfalls keine Stimmenthaltungen. Auch dieser Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Wir fahren nun in der Debatte fort. Herr Kollege Reiß von der CSU-Fraktion ist schon nah am Pult. Sie haben das Wort, Herr Kollege, bitte schön.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz aller Aufregung und sicherlich berechtigter Kritik muss man sich zunächst einmal doch die Entwicklung der letzten Jahre vor Augen führen. Wir haben in Deutschland in knapp zehn Jahren bis zum Jahr 2009 eine Photovoltaik-Leistung von insgesamt rund 10.000 Megawatt installiert. In den Jahren 2010 und 2011 wurden insgesamt 15.000 Megawatt installiert, das heißt 150 % jener Leistung, für deren Installation wir vorher mehr als zehn Jahre gebraucht haben. Dieser über dem Doppelten der jährlichen Zubaukorridor-Obergrenze liegende Zubau und Boom zeigt eindeutig, dass Investoren eine gute Rendite erwirtschaften konnten und die Anlagenpreise offensichtlich stärker sinken als die Einspeisevergütung. Lieber Herr Kollege Thalhammer, dennoch würde ich in diesem Zusammenhang nicht von Goldrausch sprechen. Wenn ein Anlagenbetreiber nach den gesetzli-

chen Rahmenbedingungen in eine Anlage investiert, ist es sicherlich Aufgabe der Politik, entsprechend nachzusteuern. Es ist richtig, die Systempreise gehen nach unten und werden auch weiterhin nach unten gehen. Der Bundesverband Solarwirtschaft hatte im letzten Jahr eine Preissenkung um 25 % angenommen und geht für das laufende Jahr von 23 % aus. Wir haben also gewiss den Auftrag, entsprechend nachzusteuern; denn eine Rückführung des Anlagenzubaues auf ein gesundes und verkräftbares Maß liegt im Interesse eines kosteneffizienten Ausbaus der Photovoltaik und im Interesse bezahlbarer und wettbewerbsfähiger Strompreise für Verbraucher und Wirtschaft.

Bei allem Verständnis für die erforderlichen Kürzungen dürfen wir diejenigen - das wurde schon gesagt -, die im Vertrauen auf bestehende Konditionen Investitionsentscheidungen getroffen haben, die bereits Verträge geschlossen haben, bereits konkret geplant haben, Flächen gesichert haben, die Geld aufgewendet haben, selbstverständlich nicht im Regen stehen lassen. Die erheblichen Vergütungseinschnitte zum 9. März sind unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes daher für uns definitiv nicht akzeptabel.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Der 9. März liegt vor dem Zeitpunkt, zu dem das Gesetz im Bundestag verabschiedet werden soll. Das halte ich für verfassungsrechtlich bedenklich und - ich muss das so deutlich sagen - für politisch nicht glücklich und nicht seriös.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Der Bund muss in jedem Fall eine angemessene Übergangsregelung schaffen; alles andere widerspräche dem Prinzip der Verlässlichkeit und wäre ein Angriff auf die Investitions- und Rechtssicherheit am Standort Deutschland.

Auch bei anderen Punkten besteht nach unserer Überzeugung Nachbesserungsbedarf. So ist die Einmalabsenkung zum 9. März insbesondere für Freiflächenanlagen so hoch, dass keine Rentabilität mehr gegeben sein dürfte. Mit der Absenkung um weitere 30 % verlassen wir meines Erachtens den bisherigen Weg des Sinkfluges, also der kontinuierlichen Einbindung des Solarstroms in den natürlichen Markt, wobei es bisher zu keinen größeren Turbulenzen gekommen ist. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist ein Gebot politischer wie auch volkswirtschaftlicher Klugheit, dass wir nach einem Jahrzehnt hoher Förderung nicht ausgerechnet kurz vor Erreichen der Marktparität in Deutschland den Stecker ziehen und damit die hier aufgebaute Industrie gefährden. Besonders betroffen wäre Bayern mit bis zu 10.000 Arbeits-

plätzen und Existenzen. Ich halte eine weitere Absenkung um 15 bis 20 % im Bereich der Freiflächen-Photovoltaik für vertretbar. Dies würde auch zu einer Vergütung führen, die der von Offshore-Windkraftanlagen vergleichbar ist. Aus bayerischer Sicht kann es nicht sein, dass die Nutzung von Off-Shore-Wind im Norden Deutschlands höher gefördert wird als die Freiflächen-Photovoltaik im Süden.

(Beifall bei der CSU)

Auch die vorgesehene Begrenzung der Photovoltaik-Förderung auf maximal 10 Megawatt installierter Leistung halte ich nicht für zielführend, zumal diese Grenze willkürlich ist. Sinnvoller wäre eine abgestufte Einspeisevergütung, die der höheren Wirtschaftlichkeit großer Anlagen entspricht. Auch eine Wiedereinführung der Freiflächenvergütung - das ist in einem Antrag enthalten - würde Kostensenkungspotenziale eröffnen und könnte die Einmalabsenkung leichter verkraftbar machen.

Ein weiteres Thema ist sicherlich auch der jetzt eingeführte Eigenverbrauchsbonus, der gerade erst damit begonnen hat, zur Entwicklung von Speicherkonzepten beizutragen. Er sollte deshalb nicht gleich wieder gestrichen werden.

Statt der Kappung der Vergütung auf 85 bzw. 90 % sollten wir im EEG Regelungen vorsehen, die die Speicherung und eine höhere Effizienz fördern. Dass die in höchstem Maße sinnvolle Regelung zur Förderung des Eigenverbrauchs nach einem Jahr schon wieder gestrichen wird, ist für mich persönlich nicht nachvollziehbar. Entscheidend ist es, die Rahmenbedingungen verlässlich zu machen und die Anpassungen so zu verstetigen, dass ein punktuelles Nachsteuern auf dem Verordnungsweg nicht erforderlich wird. Auch ich halte die Verordnungsermächtigung für ungeeignet.

Der Photovoltaik wird in Bayern im Jahr 2021 gemäß dem Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung ein Anteil von 16 % am bayerischen Strommix zukommen. Die Photovoltaik hat daher gerade für uns in Bayern eine besondere Bedeutung. Die geplante Neuregelung muss deshalb sicherstellen, dass die Ausbauziele Bayerns und damit die Realisierung der Energiewende in diesem zentralen Punkt nicht gefährdet werden.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Erlauben Sie eine Zwischenfrage, Herr Kollege Reiß?

Tobias Reiß (CSU): Wir bitten daher um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Die Anträge der GRÜNEN und FREIEN WÄHLER werden wir ableh-

nen. Die Ablehnung des SPD-Antrags schreibt uns der Koalitionsvertrag vor.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bleiben Sie kurz. Es sieht nach einer Zwischenbemerkung aus. - So ist es auch. Herr Hartmann von den GRÜNEN bitte.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Herr Kollege Reiß, Sie haben einige sinnvolle Äußerungen gemacht, die ich durchaus unterstützen kann. Es fehlt aber etwas am Gesamtkonzept. Sie haben aus bayerischer Sicht Standpunkte vertreten, die die Offshore-Anlagen und die Freiflächenanlagen in Bayern betreffen. Würden Sie mir zustimmen, dass die neuen Solarstromanlagen, die jetzt installiert werden, gar nicht mehr der wahre Kostentreiber sind, weil die Vergütung in den letzten Jahren um 50 % reduziert wurde und die Vergütungssätze jetzt bei etwa 20 Cent liegen?

Die weitere Frage, auf die Sie gar nicht eingegangen sind, betrifft den Zielkorridor: Wie weit möchte die Staatsregierung bzw. die CSU-Fraktion mit dem Anteil von Solarstrom kommen? Jetzt hatten wir immer einen Zielkorridor von 3.500 Megawatt pro Jahr. Bei den Anhörungen in der Energiekommission hat die Deutsche Energie-Agentur bei den Energieszenarien immer mit diesem Zubau pro Jahr gerechnet. Diesen Zubau hat man auch an die EU gemeldet. Wo ist die Zubaugrenze oder wo ist der Zielkorridor, den sich die CSU in Bayern vorstellt? Nachdem darüber aktuell diskutiert wird, reden wir davon, dass wir ab dem Jahr 2017 einen Korridor zwischen 900 und 1.900 Megawatt haben werden. Ist es wirklich der Wunsch der CSU in Bayern, diesen Korridor nach unten zu bringen, ganz abgesehen von der Höhe der Vergütung? Hier geht es um den Korridor des Zubaus.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Reiß zur Erwidderung bitte.

Tobias Reiß (CSU): Der Korridor liegt aktuell bei 2.500 bis 3.000 Megawatt. Jetzt müssen wir feststellen, dass wir in den letzten beiden Jahren diesen Zubau mit jeweils 7.500 Megawatt massiv überschritten haben und dass auch ohne eine Änderung zu erwarten ist, dass wir im ersten Halbjahr 2012 einen Zubau von rund 8.000 Megawatt bekommen würden. Dies ergibt sich zumindest aus den Prognosen. Wenn wir die Systempreissenkungen mit den dann möglichen Renditen vergleichen, müssen wir davon ausgehen, dass bis zu der geplanten Absenkung im Juli verstärkt ein weiterer Zubau kommen wird. Das hat auch das letzte Jahr gezeigt, als der Zubau erst im letzten Quartal massiv gekommen ist. 3.500 Megawatt hatten

wir in den ersten drei Quartalen, den Rest von 4.000 Megawatt hatten wir dann im letzten Quartal. Wir haben deshalb sicherlich den Auftrag, beim Zubau dämpfend einzugreifen.

Wenn wir den Zubaukorridor so, wie er jetzt in den Vorschlägen geplant ist, bekommen würden, würden wir im Jahr 2020 bei rund 48.000 Megawatt landen. In etwa zehn Jahren hätten wir dann rund 50.000 Megawatt. Wir hätten dann den großen Auftrag, die sonstigen Rahmenbedingungen anzupassen. Wir müssten deshalb die Speichertechnologie weiterentwickeln und den Netzausbau vorwärts bringen. Mit den gesetzlichen Vorgaben sind wir hinsichtlich des Zubaukorridors auf einem guten Weg.

Bei der Kostenentwicklung haben die letzten Jahre dazu geführt, dass bereits eine Einspeisevergütung von kumuliert rund 100 Milliarden Euro aufgelaufen ist. Darin, dass diese Zahl mit der Absenkung der Einspeisevergütung ebenfalls absinkt, sind wir uns sicherlich einig. Letztendlich geht es aber nicht darum, sondern wir müssen das System insgesamt kosteneffizient erhalten und am Ende einen Energiemix bekommen, der bezahlbar und für unsere Wirtschaft tragfähig ist.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich möchte erst einmal an beide Seiten des Hauses appellieren, dass Sie die Gespräche draußen führen. Der Geräuschpegel ist im Augenblick sehr hoch. Ich bitte um Aufmerksamkeit für den nächsten Redner: Thorsten Glauber von den FREIEN WÄHLERN.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Kollegen Tobias Thalhammer möchte ich erst einmal sagen, dass man eigentlich Schmerzensgeld bekommen müsste, wenn man hier im Haus solche Reden ertragen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich appelliere an den Wirtschaftsminister. Wer trifft denn die Entscheidungen in Berlin? Eine schwarzgelbe Regierung. Deshalb muss ich mich schon fragen: Wo verteidigen Sie die erneuerbaren Energien in Bayern? Wo verteidigen Sie den Solarstandort Bayern? Wir haben gehört, dass 40 % der Solarenergie in Bayern erzeugt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich appelliere an Sie: Ganze acht Wochen ist dieses neue EEG alt. Mit diesem EEG machen wir jetzt einen doppelten Salto rückwärts. In § 64 hatten Sie alle Möglichkeiten, als Parlament die erneuerbaren Energien zu stärken. Diese Möglichkeit haben Sie sich genommen. In Hinterzimmern wird,

wenn er es will, Wirtschaftsminister Rösler Ihre Energiepolitik betreiben. Das sage ich Ihnen voraus. Es wird Sie in Bayern noch schmerzen, wenn Sie hier nicht eingreifen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir sprechen hier von Vertrauensschutz für unsere bayerischen Bürger. Dieser Vertrauensschutz muss doch gegeben sein. Der Kollege rühmt sich noch damit, dass er eine Photovoltaikanlage auf dem Dach hat. Natürlich ist das gut, und die soll auch ordentlich vergütet werden. Diesen Vertrauensschutz brauchen wir auch für unsere Mittelständler in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir haben die Vergütung zum 1. Januar um 15 % gesenkt. Wir haben den Bürgern vorausgesagt, dass wir die Vergütung zum 1. Juli wieder um 15 % senken werden. Zum 1. Juli hätten wir mit einem wie auch immer gearteten Deckel noch nachsteuern können. Jetzt aber werden zum 9. März je nach Anlagentyp Senkungen um 20 bis 30 % vorgenommen. In der Gesamtschau senken wir die Einspeisevergütung bei der Photovoltaik um 45 bis 50 %. Ich habe versucht, Ihnen zu erklären, dass diese Einspeisevergütung für unseren bayerischen Mittelstand ein wichtiger Faktor ist. Sie können doch nicht zusehen, wenn man in Berlin unseren Handwerkern von heute auf morgen den Garaus macht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir von der Energiewende sprechen, muss uns allen klar sein, dass das EEG einen Preis haben wird. Genau die Möglichkeit der degressiven Gestaltung der Strompreise hat es uns möglich gemacht, diese Preise immer wieder dem Markt anzupassen. Es wurde schon angesprochen. Wo ist denn die bayerische Lobby in Berlin? Die Windkraftanlagenbetreiber haben besser agiert. Sie haben vom SDL-Bonus gesprochen. Die Windkraft im Osten Deutschlands hat den SDL-Bonus noch bekommen. Ich habe es schon einmal gesagt: Der Cappuccino hatte bereits die Sahnehaube. Im Osten hat er aber mit dem SDL-Bonus noch eine zweite Sahnehaube bekommen. Über die Windkraft spricht hier kein Mensch. Der Photovoltaik in Bayern machen Sie aber den Garaus.

Ich fordere Sie auf, dass Sie in Berlin unsere Solarbranche, unsere erneuerbaren Energien, besser vertreten und nicht zusehen, wie sich andere Branchen sauber verteidigen, während Bayern den Diener macht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dem Antrag der SPD und dem Antrag der GRÜNEN stimmen wir natürlich zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Der nächste Redner ist Herr Kollege Ludwig Wörner für die SPD.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Glauber, herzlichen Dank für das Lob zum rot-grünen Gesetz - EEG -, das dazu geführt hat, dass Bayern ganz vorne steht. Das ist unser Gesetz, auf das wir stolz sind.

(Beifall bei der SPD)

Das, was die Boygroup in Berlin daraus macht, ist offensichtlich ein Beatmungsversuch, um einer Partei das Überleben zu sichern. Das muss man unterbinden, und zwar ganz schnell.

(Beifall bei der SPD)

Das eine wird der Wähler selber regeln - das wird er auch tun -, das andere müssen wir unterbinden, um Schaden von den bayerischen Unternehmen abzuwenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich in der Branche umhört, muss sich sagen lassen: Na ja, im Moment garantiert ihr noch die Zusage, dass die Altanlagen weiter bezahlt werden. Wenn die so weitermachen, gehen sie aber genauso ran, weil sie keine Hemmungen mehr haben. Damit haben sie recht, wenn man den Spuren derjenigen folgt, die das Ganze inszenieren. Wie glaubwürdig Sie agieren, zeigt Folgendes: Mir liegt ein Schreiben des Bayerischen Wirtschaftsministeriums von einem gewissen Herrn Minister Zeil vor. Das Schreiben richtet sich an die Hersteller von Solaranlagen, die, obwohl die Anlagen bereits genehmigt waren, keine Solaranlagen bauen konnten, weil Sie mit ihrer letzten Entscheidung die Freiflächen wegradiert haben. Den Herstellern schreiben Sie, Sie würden dafür kämpfen. Heute habe ich davon nichts gehört. Darüber lese ich auch nichts.

(Tobias Thalhammer (FDP): Lassen Sie ihn erst einmal sprechen!)

Sie scheinen mit gespaltener Zunge zu sprechen. Anders kann ich mir diesen Brief nicht erklären. Mit dem Schreiben sagen Sie den Menschen, die in Solaranlagen investieren, dass Sie für sie kämpfen. Gleichzeitig schaffen Sie die Freiflächen ab. Das können Sie mit Leuten machen, die keine Ahnung haben. Sie soll-

ten jedoch bei der Wahrheit bleiben. Das wäre angenehmer, da wir uns dann über derartige Ereignisse nicht unterhalten müssten.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir halten das Vorgehen in der Sache für falsch. Sie stiften Unruhe und Verunsicherung. Sie verjagen und vertreiben Investoren. Das Ziel, das wir uns selber gesteckt haben, ist nicht nur gefährdet, sondern unter diesen Bedingungen nicht zu erreichen. Wollen Sie das wirklich? Wir können gerne über Abstufungen reden. Diese waren bereits im ehemaligen EEG enthalten. Ich will gar nicht bestreiten, dass wir überrollt worden sind. Wir können doch nicht zulassen, dass im Fünf-Sekunden-Takt neue Überlegungen angebracht werden und keiner weiß, was los ist. Die großen Unternehmer, die Hersteller der Anlagen, sind selber schuld, dass sie nicht mehr marktfähig sind. Sie haben es versäumt, die neueste Anlagengeneration zu kaufen. An dieser Stelle müssen wir uns überlegen, ob wir steuerlich nacharbeiten sollen. Aufgrund der gegenwärtigen schnelllebigen Produkte muss dafür Sorge getragen werden, dass deren Produktion über Abschreibungen besser gesteuert werden kann. Somit könnten die Hersteller schneller neue Anlagen kaufen. Deswegen besitzen im Moment die Chinesen die neuesten und modernsten Anlagen - übrigens aus Deutschland. Es ist nicht so, dass wir davon nichts hätten. Wir müssen unsere Industrie jedoch schützen. Dazu gehört die Sicherheit, überhaupt Paneele verkaufen zu können. Das ist der zweite Punkt. Durch Ihre Verunsicherung nehmen Sie die Stornierungen billigend in Kauf. Die Händler und letztlich auch die kleinen Handwerker kommen ganz furchtbar ins Trudeln und ins Schleudern. Meine Damen und Herren, das können wir nicht zulassen. Wenn Sie den kleinen Mittelstand nicht brauchen, weil Sie bei den Großen auf dem Schoß sitzen, ist das Ihr Problem. Wir fühlen uns den kleinen Unternehmen und den Mittelständlern verpflichtet. Wir sagen das nicht nur, sondern tun auch etwas.

(Beifall bei der SPD)

Sie konterkarieren mit Ihrer Politik genau diesen Bereich und ruinieren damit den Mittelstand. Ich weiß nicht, ob Sie das bewusst machen. Ich nehme es jedoch an, da Sie auch sonst immer kluge Reden halten. Somit muss Ihr Handeln einen Hintergrund haben. Schließlich kriegen Sie mit, was los ist. Von daher wäre es notwendig, nicht den 1. April anzuvistieren. Zwar kann man viele Lachnummern produzieren, das war jedoch noch nicht einmal kabarettreif. Das war nur noch traurig.

Ich kann verstehen, dass man seinen eigenen Leuten nicht unbedingt in den Arm fallen will. Ich hätte aber

ein bisschen mehr Mut erwartet. In dieser Frage lobe ich mir die CSU, die zwar unserem Antrag aus Koalitionsgründen - das wurde mir gerade erzählt - nicht zustimmen kann, aber den richtigen Ansatz verfolgt. Endlich wird deutlich gesagt, dass es so nicht geht. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wir sollten in dieser Frage zusammenkommen, und Sie sollten sich gegenüber Ihrem Koalitionspartner beweisen, um sicherzustellen, dass die bayerische Wirtschaft als Gewinner aus der Energiewende hervorgeht. Das gilt nicht nur für die bayerische, sondern für die gesamte deutsche Wirtschaft. Deshalb ist es notwendig, vernünftige Verhältnisse herbeizuführen. Es kann nicht sein, dass Sie sich für Entbürokratisierung einsetzen und anschließend ein Modell entwerfen, das Bürokratie pur produziert. Wie wollen Sie die monatliche Absenkung über 20 Jahre hinweg rechnerisch darstellen? Dies wird weder mit Taschenrechnern noch mit Großrechnern funktionieren. Das können Sie nur machen, wenn Sie sagen: Irgendwann lassen wir die Förderung verschwinden.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Das traue ich Ihnen zu. Das habe ich Ihnen bereits gesagt. Sie gebären ein bürokratisches Monster. Von mir aus können Sie ein Vierteljahr festlegen. Das wäre ein vernünftiger Ansatz. Das wäre bei Weitem nicht so arbeits- und überwachungsintensiv. Das müsste nicht so bürokratisch organisiert werden, wie das, was Sie vorhaben. Die Förderung sollte zunächst für ein Vierteljahr festgesetzt werden. Lassen Sie uns über die Fristen der Absenkung reden. Wann soll das alles, was Sie wollen, in Kraft treten?

Ein Letztes möchte ich Ihnen noch ans Herz legen: Lassen wir uns tatsächlich mit einem Gesetz aus Berlin parlamentarisch kastrieren? Sollen wir das zulassen, nur weil ein Wirtschaftsminister schlecht geschlafen hat und sagt: Jetzt reicht es mit der Solarförderung. Wir pinseln sie wieder herunter, ohne ein Parlament damit zu beschäftigen. Kolleginnen und Kollegen, wo sind wir denn eigentlich? Wollen Sie durch die Hintertür die Demokratie abschaffen? Wie soll ich das verstehen?

(Tobias Thalhammer (FDP): Am 9. März ist die Erste Lesung im Bundestag!)

Anders ist so etwas überhaupt nicht zu erklären.

Wir werden dem Antrag der FREIEN WÄHLER nicht zustimmen, weil er uns im Hinblick auf die Absenkung der Förderung zu weit geht. Wir glauben, dass Absenkungen nötig sind, jedoch mit einem anderen Verfahren. Dem Antrag der CSU und der FDP können wir nicht zustimmen, weil er zu viel Schaufenster enthält.

Das ist furchtbar. Dem roten und dem grünen Antrag werden wir selbstverständlich zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Wörner, bitte bleiben Sie kurz am Redepult. Herr Kollege Dr. Bertermann hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Dr. Otto Bertermann (FDP): Herr Wörner, Ihrem Antrag, der von Emotionen und nur zum Teil von Sachpolitik geprägt ist, stimme ich in Teilen zu. Ich bitte Sie herzlich, mir noch einmal zu erklären, ob Sie mit dem Wort "Boygroup" Herrn Röttgen und unseren Vizekanzler meinen. Ihre sachliche Argumentation mit der Ouvertüre "Boygroup in Berlin" zu beginnen, ist nicht der Stil dieses Hauses. Dieser Stil ist dem Hause nicht angemessen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Wörner zur Erwiderung.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege, ich möchte mit Ihnen nicht über Stil diskutieren. Ich weiß, dass Ihnen manchmal eine deutliche Sprache unangenehm ist. Wenn Sie es genau wissen wollen: Herr Röttgen gehört nicht unbedingt zur Boygroup. Ich meine schon die Richtigen. Das haben Sie ganz richtig verstanden. Dabei bleibe ich. Diese Boygroup ruiniert den bayerischen Mittelstand und die bayerische Wirtschaft. Dagegen müssen wir nicht nur aufstehen, sondern aufspringen. Genau das tun Sie nicht. Deswegen muss man Ihnen unterstellen, dass Sie mit diesen Herren bei den Großen auf dem Schoß sitzen. Manchmal sind die Herren schlimmer als die Boygroup. Sie stützen die Großindustrie. Sie denken längst wieder über ganz andere Dimensionen nach. Was in Bayern wieder passiert, stört Sie schon längst. Das stört ebenfalls die wirtschaftlichen Felder derjenigen, die bisher das Energiefeld bestellt haben. Wir wollten eine Energieerzeugung in Bürgerhand. Das wollten Sie nicht. Das kann man verstehen. Das hängt mit anderen Dingen zusammen. Wir meinen, es wird Zeit, dass man Sie ablöst. Ich hoffe, das geht ganz schnell. Ansonsten richten Sie noch mehr Schaden an als bisher.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Dr. Bernhard hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Herr Kollege Wörner, Sie reden von den Handwerkern, den Solarzellenherstellern und von den Subventionsempfängern. Was mich stört - das erwarte ich eigentlich von Ihnen

als Sozialdemokrat -, ist, dass Sie nicht einmal darüber sprechen, dass die vielen kleinen Leute in Deutschland jetzt schon mit 100 Milliarden Euro belastet sind und wir immer das Ziel hatten, am Ende noch eine preiswerte Stromversorgung zu gewährleisten. Das wundert mich gerade von Ihnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Wörner zur Erwiderung, bitte.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege, vielen Dank für diesen Hinweis. Punkt 1: Wenn Sie zugehört haben - ich habe nicht gesagt, wir dürften nicht absenken, sondern ich habe nur das Verfahren kritisiert. Die Absenkung ist inhaltlich berechtigt. Wir haben nach der Absenkung immer noch fünf Prozent bis sechs Prozent Rendite. Darum sagen wir: absenken ja, aber nicht in einer Über-Nacht-Aktion. Das war meine Kritik.

Punkt 2: Wenn ausgerechnet Sie Krokodilstränen vergießen, was die kleinen Leute betrifft, liebe CSU, liebe FDP,

(Heiterkeit bei der CSU)

dann ist das geradezu lächerlich. Wer hat denn in der Energiefrage umverteilt? Sie haben durch die Hereinnahme von mehr Befreiungen in der Großindustrie - Herr Huber hat neulich noch gelobt, dass das so richtig und wichtig ist - dafür gesorgt, dass die kleinen Leute mehr belastet werden. Das hat Sie nicht interessiert, und nun jammern Sie, und das ist mehr als scheinheilig.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. - Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Thorsten Glauber. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Wörner, stimmen Sie mir zu, dass wir dem Kollegen Bernhard mitteilen sollten, dass der Jahresverbrauch für eine Familie pro Jahr mit EEG-Zulage für dieses Jahr ganze drei Euro betragen hat?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Tobias Thalhammer (FDP): Das stimmt doch nicht! Es handelt sich um zweistellige Eurobeträge!)

Ludwig Wörner (SPD): Ich werde mich jetzt nicht über Cent-Beträge streiten, denn um diese handelt es sich nämlich. Natürlich ist es für manche Leute eine Belastung, das will ich überhaupt nicht bestreiten. Das haben wir aber alle miteinander vorher gewusst. Ich

habe in der Zeit, als Sie Umweltminister waren, so etwas nicht gehört. Damals waren wir alle voll des Lobes über das EEG - mit Recht, denn wir haben damit etwas Großes bewegt und dafür gesorgt, auch im alten EEG, dass abgesenkt wird. Aber was Sie nun in die Umverteilungsfrage hineininszenieren - Sie sind doch die Preistreiber an jeder Ecke. Sie befreien von der Durchleitung, Sie hauen auf das EEG drauf, Sie verunsichern - vorhin wurde von Arbeitsplätzen gesprochen - ganze Branchen und vernichten damit Arbeitsplätze. Das ist viel schlimmer, als die Beträge für das EEG zu erhöhen. Lassen Sie also die Kirche im Dorf. Wir werden wie bisher weiterhin dafür sorgen, dass das EEG für den kleinen Bürger verträglich ist,

(Alexander König (CSU): Das ist Schaustellerei!)

und wir müssen Ihnen an dieser Stelle das Handwerk legen. Das wird beim nächsten Mal geschehen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. - Zum Abschluss darf ich für die Bayerische Staatsregierung Herrn Staatsminister Zeil das Wort erteilen. Bitte schön.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Rücksicht auf die sehr kurze Redezeit, die der Staatsregierung noch zur Verfügung steht, möchte ich mich auf einige wenige Bemerkungen beschränken.

Wem es um die Kostenbelastung der Verbraucher und eine vernünftige Steuerung des Zubaus geht, der weiß, dass bei der EEG-Solarstromvergütung Handlungsbedarf besteht. Für die Solarstromförderung werden in diesem Jahr rund 8 Milliarden Euro auf die Stromverbraucher umgelegt. Übrigens überfordert auch der überhitzte Zubau zunehmend die Netze. Deshalb ist es richtig, dass die Bundesregierung rasch handelt und wir gezielte Anreize zur Marktintegration des Solarstroms geben. Dies ist ein richtiger und wichtiger Schritt zu einem vernünftigen Markt- und Förderdesign.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Aber wir haben natürlich bei diesem Vorschlag Korrekturbedarf.

Erstens halten wir die überproportionale Vergütungskürzung für Freiflächenanlagen und den vollständigen Vergütungsausschluss für Anlagen über 10 Megawatt für nicht gerechtfertigt, und lieber Herr Kollege Wörner, da Sie mein Schreiben zitiert haben, sage ich Ihnen: Wir haben sehr wohl gekämpft, auch im Bundesrat,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

aber SPD- und zum Teil auch mit GRÜNEN regierte Länder sind unserem Vorschlag damals nicht gefolgt, weil jeder seine Partikularinteressen vertritt und nicht das Ganze im Auge hat.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Ein sehr kurzfristiger Stichtag für die Vergütungsabsenkung ist grundsätzlich sinnvoll, aber nur in Kombination mit angemessenen Übergangsregelungen,

(Beifall bei der FDP)

damit der Vertrauensschutz für Investoren und Auftragnehmer gewährleistet wird.

Drittens. Der Vorschlag muss mit dem Ziel überarbeitet werden, dass der bürokratische Aufwand für die Netzbetreiber beherrschbar bleibt. Wir sind dabei in guten Gesprächen, auch mit der Bundesebene, damit wir in allen drei Punkten noch Verbesserungen erreichen. Dem trägt auch der Antrag der Koalitionsfraktionen Rechnung.

Ich möchte aber auch feststellen, da hier wiederholt dramatische Reaktionen gezeichnet wurden, dass hier alles zusammenbrechen würde und kein Ausbau mehr möglich sei: Bayern ist und bleibt das Solarland Nummer eins in Deutschland. Derzeit werden 8 % bis 9 % des bayerischen Strombedarfs, also schon über die Hälfte dessen, was wir uns bis in zehn Jahren vorgenommen haben, durch Solarstrom gedeckt. Wir werden die Ziele unseres bayerischen Energiekonzepts erreichen. Energieumbau richtig zu machen heißt auch, auf Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit zu achten. Dabei sind wir in Bayern auf einem guten Weg.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Einen Moment noch, Herr Staatsminister. Für eine Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Hartmann gemeldet. Bitte schön.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, ganz kurz vorweg: Dass Bayern als Solarland die Nummer eins ist, ist nicht das Verdienst der Bayerischen Staatsregierung, sondern der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Das möchte ich zunächst klarstellen.

Was mich an Ihrer Argumentation erstaunt, ist, dass Sie die 10-Megawatt-Freiflächenanlagen in den Vordergrund stellen. Machen Sie sich überhaupt Gedanken, wie viele Anlagen das in Bayern sind? Es wäre gut, einmal die Zahl zu wissen.

Außerdem stellt sich die Frage: Wer betreibt diese großen Anlagen? Das sind auch wieder nicht die Bürgerbeteiligungsfonds, sondern es werden die großen Konzerne sein. Warum ist es Merkmal der Staatsregierung, bei der Energiewende immer massiv auf der Seite der großen Konzerne und nicht bei den kleinen Mittelständlern zu stehen? Richtig wäre gewesen, wenn Sie einen Schwerpunkt auf die kleinen Dachanlagen gesetzt hätten und es dort eine Planungssicherheit gäbe. Aber Sie betonen in Ihrer Rede wie auch im Antrag definitiv die 10-Megawatt-Anlagen, bei denen die Grenze gezogen wird. Dass Ihnen die ein Dorn im Auge sind, verstehe ich nicht ganz.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister, bitte, zur Erwiderung.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Ich will es Ihnen gern erklären. Sie zeichnen hier gern das Zerrbild, wonach es mir eigentlich hierbei um die Interessen großer Konzerne gehe. Es ist völlig unreal, was Sie sagen.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, warum wir uns gerade für die Freiflächen-Photovoltaik einsetzen. Das sind besonders innovative Anlagen, bei denen die Stromgestehungskosten auch besonders niedrig sind. Deshalb setzen wir uns besonders für die Freiflächen-Photovoltaik ein. Das hat überhaupt nichts mit dem Schreckensbild, das Sie hier ideologisch aufziehen, zu tun, nicht das Geringsste.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Moment noch. Kollege Kobler hat ebenfalls um eine Zwischenbemerkung gebeten. Bitte schön.

Konrad Kobler (CSU): Herr Staatsminister, wir sind mit unserem gemeinsamen Antrag von CSU und FDP auf dem richtigen Weg, was Absenkung betrifft. Die Stichtagsregelung haben Sie wie auch Kollege Reiß mit einem etwas kritischen Unterton angesprochen.

Nun gibt es im Lande gerade im mittelständischen Bereich und bei Investoren in den Gegenden, die klimatisch benachteiligt sind, enorme Probleme. Diese können keine Stichtage wie 9. März oder 1. April einhalten, obwohl bereits im alten Jahr Verträge abgeschlossen wurden, auch noch in den letzten Wochen, in Anbetracht dessen, dass eine längere Zeit für die Umsetzung erforderlich ist.

Können Sie vielleicht noch ein kleines Signal an die Unternehmen bzw. Investoren geben, wie man sich

das zum Beispiel im Bayerischen Wald vorstellt, wo momentan anderthalb bis zwei Meter oder mehr Schnee liegt und sozusagen die Teile für die Montage in den Scheunen liegen und erst Mitte bis Ende April an die Montage gegangen werden kann? Es wäre wichtig, hierfür ein Signal auszusenden, dass man bereit ist, vielleicht in Berlin eine flexible Regelung zu finden, damit niemand zu Schaden kommt.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank. - Herr Staatsminister.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege, ich greife das gern auf, da es genau die Richtung ist, in der wir auch in Berlin verhandeln, und zwar, wie ich sagen kann, durchaus mit guten Aussichten, sodass der Vertrauensschutz für die von Ihnen genannten Fälle gewährleistet wird, ohne das Ziel, zu einer Umlageabsenkung zu kommen, aus dem Auge zu verlieren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Zwischenbemerkungen werden nicht gemacht. Es liegen auch keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge getrennt.

Da wir über den Antrag der GRÜNEN eine namentliche Abstimmung durchführen werden, stelle ich diesen zunächst zurück und komme zu den drei anderen Anträgen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11634 von FDP und CSU seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe die Stimmen von CSU, FDP und Frau Dr. Pauli. Gegenprobe! - Ich sehe die Stimmen von SPD, GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag angenommen.

Wer möchte dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11649 der Fraktion der FREIEN WÄHLER seine Zustimmung geben? Ich bitte um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN, der SPD und von Frau Dr. Pauli. Gegenprobe! - Ich sehe die Stimmen der CSU und der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11650 der SPD-Fraktion. Wer diesem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe die Stimmen der drei Oppositions-

fraktionen und von Frau Dr. Pauli sowie eine Stimme bei der FDP-Fraktion. Gegenprobe! - Ich sehe die Stimmen der CSU und der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Eine Enthaltung bei der CSU-Fraktion. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Nun führen wir die namentliche Abstimmung über den Antrag der GRÜNEN auf Drucksache 16/11633 durch. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkarten in die Urnen zu werfen. Die Abstimmung ist eröffnet. Sie dauert fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 19.22 bis 19.27 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmen werden außerhalb des Saales ausgezählt. Das Ergebnis wird Ihnen so schnell wie möglich bekannt gegeben.

Jetzt rufe ich zur gemeinsamen Behandlung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU), Karsten Klein, Dietrich Freiherr von Gumpenberg, Dr. Otto Bertermann u. a. und Fraktion (FDP)

Sonderprogramm für den barrierefreien Ausbau von Regionalbahnhöfen in ganz Bayern sowie von S-Bahnhöfen im Großraum München und Nürnberg (Drs. 16/11635)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mittelausstattung Verkehrshaushalt - Barrierefreiheit voranbringen (Drs. 16/11651)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Blume für die CSU-Fraktion.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Aufregethema EEG hoffe ich an dieser Stelle auf etwas mehr Harmonie in diesem Hohen Hause. Vielleicht ist das Thema "Barrierefreiheit" auch nicht so konfliktbeladen, wie wenn wir hier über Energiepolitik diskutieren.

(Zuruf von den GRÜNEN: Da bin ich aber gespannt!)

- Ja, auch ich bin gespannt, Herr Kollege. Gleichwohl ist es ein Thema, das für die Menschen in Bayern von großer Bedeutung ist.

Ich stelle voran, dass Barrierefreiheit heute kein Thema mehr ist, das man mit Luxussanierung von Bahnhöfen und dergleichen in Verbindung bringen

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.02.2012 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Die Photovoltaik-Branche erhalten (Drucksache 16/11633)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fahrenschon Georg			
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von Gumppenberg Dietrich		X	
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann			
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten			
Kobler Konrad			X
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte			
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard			
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna			
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zelmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	53	75	1